

Kommunen in Hessen müssen für verfehlte CDU-Haushaltspolitik bluten

21. September 2005 - Plenarrede zur Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden im Hessischen Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren

wieder einmal – und das hat ja Tradition in Hessen, seit sie regieren – stellt die hessische CDU schwarz auf weiß ihre Kommunalfeindlichkeit unter Beweis. Wieder einmal soll das Land auf Kosten der Kommunen saniert und in die Belange der Kommunen reingegiery werden. Um nicht zu sagen durchregiert. Aber genau so wenig wie Frau Merkel im Bund wird ihnen dies in Hessen gelingen.

Man hätte glauben können, würde man sie nicht besser kennen, dass die CDU in Fragen der Familienpolitik in der Gegenwart angekommen sei.

Auf dem Papier ihrer Partei, das sie im November des letzten Jahres beschlossen haben, wurde ihr rückständiges Familienbild einer Generalüberholung unterzogen. Nun sollte es nicht mehr so sein, dass die Frau sich allein um ihre Kinder zu kümmern

habe und der Mann draußen in der weiten Welt den Unterhalt verdient, sondern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist erklärtes Ziel ihrer Politik geworden.

Sie haben erkannt – und ich zitiere: „Die Wirtschaft braucht die gut ausgebildeten jungen Frauen, die zum Teil besser ausgebildet sind wie ihre männlichen Kollegen.“

Und ich zitiere weiter: „ Durch eine moderne Frauen- und Familienpolitik, die durch entsprechende Infrastrukturmaßnahmen auf dem Felde der Arbeitsmarktes, der Kultur- und Erziehungseinrichtungen sowie der Sozialpolitik ergänzt werden müssen, sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche die Verwirklichung des Kinderwunsches – auch bei Weiterverfolgung beruflicher Karrieren beider Elternteile – ermöglicht und erleichtert.“

Leider ist ihr Parteibeschluss das Papier nicht wert, auf dem er steht. Die Realität in Hessen ist eine andere: Die originären Landesmittel für Kinderbetreuung – und um die geht es, wenn landespolitisch Schwerpunkte gesetzt werden sollen – sind von 59,7 Mio € in 1999 auf 17,3 Mio € in 2005 gekürzt worden. Das Bundesland Bayern, doppelt so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Hessen, zahlt 500 Mio €, damit trägt das Land 40% der Kosten für Kinderbetreuung.

Das Land Rheinland-Pfalz stellt das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei und das Bundesland NRW mit ca. drei Mal so vielen Einwohnerinnen und Einwohnern investiert 890 Mio €. Hessen

pro Einwohnerin gerade mal 6% davon. Sie können nicht behaupten, dies wäre ein landespolitischer Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nun möchte ich aber nicht behaupten, dass Familie bei ihnen und vor allem bei Ministerin Lautenschläger überhaupt nicht vorkommt. Immerhin sind sie immer dabei, wenn die Arbeit einer Kommune für Familien gewürdigt wird. Und auch ein schönes Fest für Familien wird jedes Jahr arrangiert, bei dem man anscheinend durch Teilnahme – zumindest gilt dies für das Kabinett – seine Unterstützung für Familien zum Ausdruck bringen darf. Und auch in Sonntagsreden dürfen die Familien nicht fehlen. Von Montag bis Samstag müssen die Eltern dann wieder sehen, wie sie ihre Kinder unterbringen und Beruf und Familie vereinbaren.

Die Ernsthaftigkeit eines politischen Willens erkennt man daran, mit welchem Nachdruck das politische Anliegen umgesetzt wird. Sie, meine Damen und Herren von der CDU setzen noch eins drauf. Sie tun nicht nur das nicht, was sie sagen, sie tun sogar das Gegenteil: Mit ihrer Leitlinie zu den kommunalen Haushalten, veröffentlicht am Montag (soviel zu den Sonntagsreden) dem 22. August sollen die defizitären Kommunen gezwungen werden die Elternbeiträge für Kinderbetreuung zu erhöhen.

Und da nutzt es auch nichts, wenn sie in ihrem Antrag schreiben, dass das eigentlich gar nicht so gemeint ist. Ich zitiere: „In Kommunen mit einem anhaltenden

Haushaltsdefizit ist anzustreben, die auf andere Weise nicht gedeckten Kosten der Kinderbetreuungseinrichtungen durch Elternentgelte zu finanzieren.“

Und wer das so schreibt, den nehme ich ernst. Und wenn die Landesregierung dies als Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht veröffentlicht, dann gehe ich davon aus, dass diese danach handeln muss und davon Gebrauch machen muss, wenn es um die Genehmigung von kommunalen Haushalten geht.

Was dies für die Kommunen heißt möchte ich ihnen einmal beispielhaft vorrechnen: Für meine Heimatstadt Rüsselsheim heißt das für Halbtagsplätze eine Erhöhung der Elternbeiträge von 92€ auf 450€, für Ganztagsplätze von 173€ auf 850€. Für die Eltern in der Stadt Hanau bedeutet das für einen Halbtagsplatz eine Erhöhung um 97€ auf 377€ und für einen Ganztagsplatz eine Erhöhung um 173€ auf 454€.

Das können sich Eltern nicht leisten, mit der Konsequenz, ein Elternteil, aller Wahrscheinlichkeit nach die Frau, bleibt daheim und damit wären wir wieder dort, wo die CDU vor ihrem Parteitag im letzten Jahr stand. Nämlich bei einem antiquierten und reaktionären Familien- und Frauenbild.

Sie wollen mit Gewalt ihr Familienbild umsetzen und weil sie wissen, dass dies unzeitgemäß ist, versuchen sie den Schwarzen Peter den Kommunen zuzuspielen. Bürgermeisterinnen und Kommunalparlamente sollen der Öffentlichkeit gegenüber die

Erhöhung der Elternbeiträge und damit ihre Familienpolitik vertreten. Wenn diese Politik aber ihre Überzeugung ist, dann sagen sie das auch so und tun nicht so als wäre ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Anliegen.

Vielleicht ist noch nicht allen in ihren Reihen klar, was dieser Erlass bedeutet. Ihren kommunalen Vertreterinnen und Vertretern wird es klar sein oder bald klar werden.

Sie verlangen von defizitären Kommunen, und das sind auch dank ihnen ja nicht gerade wenige, die anderweitig nicht gedeckten Kosten für Kinderbetreuung voll über Elternentgelte zu finanzieren. Hier vergessen wir nicht, dass diese durch den Rückzug des Landes aus der Finanzierung gewachsen sind. Die Kommunen erhöhen also die Elternentgelte. Damit steigt die Zahl derjenigen, die Anträge auf Kostenübernahme durch den Jugendhilfeträger stellen. Diese Gelder belasten dann den Haushalt der jeweiligen Jugendhilfeträger, also der Städte selbst oder den Haushalt der Landkreise.

Für die Landkreise haben sie dann eine Lösung parat. Nämlich unter Punkt 9 ihrer Leitlinie: Die Erhöhung der Kreisumlage bis 50% als Obergrenze. Für die kreisangehörigen Kommunen heißt das, das sie letztendlich doch zahlen müssen. Sie veranstalten einen Verschiebeparkplatz innerhalb der kommunalen Familie. Und was erreichen sie damit? Eltern zahlen mehr, Jugendhilfeträger zahlt mehr, Kommunen zahlen mehr. Das gemeinsame Anliegen von Bund, Ländern und Gemeinden, für eine Verbesserung von Betreuung und die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf findet ohne Hessen statt.

Ihre Leitlinie ist weit davon entfernt eine Lösung für die prekäre finanzielle Situation der Kommunen zu sein, an der sie ihren Anteil haben.

Die Kommunen in Hessen müssen für ihre verfehlte Haushaltspolitik bluten:

- Im vergangenen Jahr wurden die Mittel für den Kommunalen Finanzausgleich um 92 Mio € gekürzt.
- Aufgrund falscher Steuerprognosen enthält die Landesregierung den Kommunen seit 2001 153 Mio € vor.
- Die Einsparungen des Landes beim Wohngeld durch Hartz IV werden nicht an die Kommunen weitergeleitet.
- Mit der Operation düstere Zukunft haben sie den Kommunen zusätzliche soziale Lasten vor die Füße geworfen.

Und lassen sie mich an der Stelle noch einmal in die Details ihrer Leitlinien einsteigen.

Unter Punkt 5, freiwillige Leistungen, schreiben sie: „Die höchsten freiwilligen Ausgaben finden sich in den Bereichen Soziales und Jugendhilfe. Die Aufwendungen sind in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedliche, ohne dass hierfür eine Begründung erkennbar ist.“

Vielleicht erkennen sie keine Begründung für die so genannten freiwilligen Leistungen. Diejenigen, die kommunale Haushalte aufstellen erkennen sie sehr wohl. Da gibt es zahlreiche Kommunen, die versuchen, den sozialen Kahlschlag, mit dem

sie wie eine Harvestermaschine (das Abholzungsgerät für den Bannwald für den Werftbau am Flughafen) über Hessen gezogen sind, ein wenig auszugleichen. Es gibt Kommunen, die sich frei ihres Rechts auf kommunale Selbstverwaltung entschieden haben, eine soziale Infrastruktur aufrecht zu erhalten, weil es ihnen politisch wichtig ist, aber auch, weil sie wissen, dass die Folgekosten bei unterlassener sozialer Hilfeleistung deutlich höher sind. Es gibt Kommunen, die wollen eine familienfreundliche Politik machen und unterstützen deswegen weiterhin Familienberatungen und Erziehungsberatungsstellen. Das sind gute Gründe für so genannte „freiwillige Leistungen“. Sie wollen die Kommunen gängeln und ihnen ihren politischen Willen aufzwingen. Das ist undemokratisch und hat nichts mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun. Es nutzt ihnen nicht, wenn sie in ihrem Antrag schreiben, dies wäre kein Eingriff in die Kommunale Selbstverwaltung. Was ist es denn anderes, wenn sie anweisen, dass kinder- und familienfreundliche Haushalte nicht genehmigt werden sollen und wenn sie soziale und familienfreundliche Politik für den Kommunalen Finanzausgleich als irrelevant betrachten.

Sie wollen den Schwarzen Peter ihrer verfehlten Haushaltspolitik den Kommunen in die Schuhe schieben. Sie wollen zurück zur Einverdiener-Familie und die Frauen zurück an den Herd schicken, indem sie Kinderbetreuung unbezahlbar machen. Herr Bouffier, ich fordere sie auf, ihre Leitlinien im Sinne einer Politik für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Selbständigkeit der Kommunen zurückzuziehen.